



Ausgabe Nr. 10
Juni 2011



FREIE WÄHLER

Redaktion:
Arno Ulrichs &
Udo Grubert

Impressum: Herausgeber Landesverband **FREIE WÄHLER NIEDERSACHSEN**
V.i.S.d.P. Arno Ulrichs, Leeger Weg 42, 26632 Simonswohle, arno.ulrichs@ewetel.net



Bild von links nach rechts: Hubert Aiwanger, Walter Öhlenschläger, Arnold Hansen, Cordula Breitenfellner, Frank Stolzenberg, Manfred Petry, Prof. Dr. Bernd Richter und Renate Bitz

Bundesversammlung der FREIEN WÄHLER in Kloster Machern/Rheinland-Pfalz mit Neuwahlen **FREIE WÄHLER machen im Bund große Fortschritte**

Auf eine erfolgreiche bundesweite Arbeit im vergangenen Jahr können die FREIEN WÄHLER zurückblicken. Bundesvorsitzender Hubert Aiwanger verwies bei der Bundesversammlung im Kloster Machern (Rheinland-Pfalz) auf das zukunftsweisende Politikprofil der Unabhängigkeit von Konzernspenden, der Bürgernähe und der Sachbezogenheit bei Entscheidungen.

Damit hätten die FREIEN WÄHLER das richtige Politikverständnis. Gerade auch die Unfähigkeit von schwarzgelb, eine Energiewende im Sinne der Bevölkerungsmehrheit umzusetzen, sei ein Beispiel für falsche Positionierung aufgrund Lobbyeinflusses, so Aiwanger.

Fortsetzung nächste Seite

Weiter so ...!



Die FREIEN WÄHLER sprechen sich für ein Festhalten am ursprünglich geplanten Atomausstieg und die Umstellung auf dezentrale, erneuerbare Energie-versorgung aus, wobei auch die Marktmacht der Konzerne zurückgedrängt werden müsse. Eine bundesweite Anpassung von Bildungsstandards sei längst überfällig, um Kindern im Falle eines Wohnsitzwechsels das Schulleben nicht unnötig schwer zu machen. Auch die leichtfertige Vergabe von Milliarden an Steuergeldern für Euro-Rettungsschirme sieht Aiwanger kritisch: „Die Bankenwelt als Mitverursacher und Hauptnutznießer der Verschuldung muss bei der Sanierung angeschlagener Euroländer stärker als bisher herangezogen werden!“

Aiwanger scheute sich auch nicht, ein politisch heißes Eisen anzufassen: vor dem Hintergrund der Probleme im Sozialbereich aufgrund der wegfallenden Zivildienstleistenden, des sich abzeichnenden Pflegenotstandes und der Schwierigkeiten bei der Bundeswehr, ausreichend qualifizierte Freiwillige zu finden, müsse ernsthaft über ein „Gemeinnütziges Jahr für Alle“ nachgedacht werden.

Bundesgeschäftsführerin Cordula Breitenfellner berichtete über die großen Fortschritte beim Ausbau der bundesweiten Organisation der FREIEN WÄHLER. Mittlerweile gebe es in fast jedem Bundesland eine Organisation, die zu überregionalen Wahlen antreten könne bzw. dies schon getan habe. Bis Jahresende sei davon auszugehen, dass fast alle Bundesländer unter einem gemeinsamen Dach organisiert sind. Breitenfellner lobte die gute Arbeit in den einzelnen Bundesländern. Die guten

Wahlergebnisse der FREIEN WÄHLER in Sachsen-Anhalt (2,7%) und Rheinland-Pfalz (2,3%) zeigten, dass man auf dem richtigen Weg sei. Auch das Ergebnis von 0,7% in Hamburg sei vor dem Hintergrund dessen, dass die FREIEN WÄHLER dort erst kurz vor der Wahl gegründet worden sind, „durchaus ordentlich“.

Die Wahlvorbereitungen in Mecklenburg-Vorpommern ließen auf ein gutes Abschneiden schließen, in Berlin befinde man sich in der Phase der Einreichung der Wahlunterlagen und der Sammlung von Unterstützerunterschriften.

Nach den Formalien und der einstimmigen Entlastung der bisherigen Vorstandschaft war die Neuwahl ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt der Versammlung.

Als Bundesvorsitzender wurde Hubert Aiwanger (Landtagsabgeordneter und Landesvorsitzender Bayern) mit 92% im Amt bestätigt. Stellvertreter sind künftig Manfred Petry (Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz, früherer Bürgermeister von Frankenstein), Walter Öhlenschläger (Landesvorsitzender Hessen) und Frank Stolzenberg (Spitzenkandidat der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, Bürgermeister von Halle-Peißen). Als Bundesgeschäftsführerin und Bundesschatzmeisterin wurde im Amt bestätigt Cordula Breitenfellner (Bayern) und als Schriftführerin Renate Bitz (Niedersachsen). Neugewählt wurde der stellvertretende Geschäftsführer Arnold Hansen (Niedersachsen) und der Bundesjustitiar Prof. Dr. Bernd Richter.

Die FREIEN WÄHLER Niedersachsen freuen sich über die Wiederwahl von Renate Bitz und über die Wahl von Arnold Hansen in den Bundesvorstand der FREIEN WÄHLER.

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH und viel Erfolg bei der Arbeit!

Wahlwerbung in der (Vor?)Wahlkampfphase

Die Wahlwerbung in der Wahlkampfphase unterscheidet sich u.a. in mehreren Sektionen. Hierbei ist eine klare Trennung vorzunehmen in Dorfgemeinschaft, Stadt, Großstadt, Volksvertreter(in) oder Kandidat(in) für eine anstehende Volksvertreterschaft. Weiterhin ist zu unterscheiden, ob die Kandidatenaufstellung in der Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik erfolgen soll.

Grundsätzlich und in allen Bereichen gleich ist die Hauptfrage: um welchen Kandidaten(in) handelt es sich? Ist der Kandidat bekannt, also ist der Kandidat bereits ein Volksvertreter, oder handelt es sich um einen sogenannten Newcomer?

Den gewählten Volksvertreter(in) möchte ich ausklammern, da ich voraussetze, dass dessen/ deren politisches Agieren bereits Anhänger gefunden hat und eine Wiederwahl dementsprechend gesichert erscheint.

Widme ich mich also dem Newcomer: Der Newcomer hat das Problem, dass er die Wähler(innen) von sich bzw. von seiner Persönlichkeit/ seinen politischen Absichten überzeugen muss. Ist dies besser durch Passivität zu erzielen oder muss hier eine gewisse Aktivität folgen?

Erreicht der Kandidat seine Wähler(innen) passiv durch eine u.a. geschaltete Annonce in der Zeitung? Erreicht der Kandidat seine Wähler(innen) aktiv durch einen direkten Kontakt unter vier, sechs, zehn oder hundert Augen...?

Durch meine politische Erfahrung im letzten Kommunalwahlkampf weiß ich, dass das Wähler(innen)verhalten überhaupt nicht vorhersehbar und als gesichert gesetzt werden kann.

So standen z.B. die tatsächlich abgegebenen Stimmen in keinem Verhältnis zu den vorher gegebenen mündlichen Zusagen. Zudem ist die heutige Politik grundsätzlich geprägt von Sponsoring und Spenden. Es besteht eine enorme Abhängigkeit zwischen Politik und wirtschaftlichen Interessen.

Wir, von den FREIEN WÄHLERN, haben ein grundsätzliches und existenzielles Problem: Wie von unserem Pressesprecher während der vorletzten Landesvorstandssitzung bereits erwähnt, werden wir in der Presse nur sehr stark reduziert zitiert, erwähnt oder schlicht und einfach ignoriert. Dementsprechend haben wir eigentlich nur zwei Alternativen:

Es gibt Geldgeber, die viele und große Anzeigen in der Presse ermöglichen. Durch persönlich geführte Gespräche mit den Wähler(innen) und der Unterstützung durch die Wahlhelfer. Unabhängig davon ist aber das Wichtigste: Meiner Meinung nach müssen wir gemeinsam und geschlossen in der Öffentlichkeit auftreten. Und genau hier besteht eines unserer größten Probleme ...

Wie sollen wir uns zu einer Einheit entwickeln, wenn bei einem derart wichtigen Treffen wie dem vom 20.05.11, bei dem sich die Landesverbands-Geschäftsführung und – Vereinigung trafen, die Beisitzer aber nicht geladen wurden. Schade, denn gerade bei dieser Konstellation hätten viele Fragen vor Ort und unmittelbar geklärt werden können, die uns interessieren müssen, damit wir als ein Ganzes auftreten können.

Dies auf kommunaler Ebene, auf Landesebene und natürlich auch Bundesebene. Wie sonst soll ich den individuellen Alleingang einiger, weniger(?) Vereine im anstehenden Kommunalwahlkampf 2011 deuten? Dieses Beispiel verdeutlicht doch hervorragend unsere Situation!

Fortsetzung nächste Seite

Gute Politik geht anders!



Durch den individuell geführten Wahlkampf kam es zu einer erheblichen Verteuerung der uns zur Verfügung stehenden Wahlhilfsmittel. Ganz abgesehen von dem Umstand, dass die bereits erbrachten Bemühungen und Verhandlungen unseres Landesgeschäftsführers mit den jeweiligen Ansprechpartnern für Wahlutensilien nicht honoriert werden. So hätte unser Geschäftsführer wieder viel Kraft und Zeit sparen können.

Ich kann für meinen Wahlkreis lediglich sagen, dass ich alle zurzeit akquirierten Mitglieder selbst und allein für eine Mitgliedschaft überzeugt habe – die Gründung erfolgte vor 2 Monaten. Wir zählen bis dato 15 Mitglieder. Dementsprechend haben wir einen nicht so prallen, einen eher winzigen Etat und ich bin sehr traurig, dass die Wahlhilfsmittel dermaßen und sinnlos verteuert wurden.

Gerade wir legen Priorität auf Diskussionsfreiheit und Individualität, doch darf dies nicht zu einer Zersplitterung führen. Momentan werden wir schlicht und einfach nicht als zugkräftige Gemeinschaft wahrgenommen. Weder in der Presse noch beim Bürger. Es ist doch vollkommen unverständlich, dass wir bundesweit fast 300.000 Mitglieder aufweisen können, in der Öffentlichkeit aber weiterhin hinter deutlich schwächeren Parteien wie z.B. der Piratenpartei zurückstehen.

So wie bisher werden wir auf jeden Fall nicht weiter expandieren können!!! Wir sollten uns diesbezüglich einmal gemeinsam Gedanken machen ...

Ich entschuldige mich für den Umstand, dass ich vielleicht nach der Meinung anderer Leser am Thema vorbeigeschrieben habe.

Es wäre zu einfach, das Internet, Anzeigenschaltung, Flyer, Canvassing, „Klinkenputzen“, Handzettel etc. zu nennen.



Mir geht es um das Grundsätzliche! Ohne eine fundierte Basis ist jede weitere Aktion eigentlich sinnlos.

Denn immerhin sollte unsere gesteigerte Absicht in der Expansion FREIE WÄHLER liegen, damit wir politisch mehrheitlich endlich einen anderen Weg der Politik beschreiten können!?

Darf ich mich durch das Wahlergebnis in Bremen in meiner These bestätigt sehen???

Herzlichen Gruß aus Tespe

Euer Henning Schulz

Anmerkung der Redaktion:

Die angesprochene Sitzung am 20. Mai war eine Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstandes; die Beisitzer gehören diesem nicht an, haben jedoch die Tagesordnung erhalten, um die Möglichkeit zu haben, sich vorher mit Anregungen und Fragen einzubringen. Davon hat allerdings niemand Gebrauch gemacht.

Gegen den Strich: Uns gehen die Politiker aus

In den Kommunen und Ländern längst da, ist sie nun auch auf Bundesebene angekommen - die Leere. Deutschland mangelt es an geeignetem politischem Personal. Darauf muss reagiert werden: zum Beispiel in Form einer Debatte über mehr direkte Volksrechte. Die FDP inszenierte gerade größtmöglich die kleinstmögliche Rochade, die sich eine Partei verordnen kann. Einerseits, weil es die Verantwortlichen nicht anders wollten. Andererseits, und das ist erschreckender, weil sie gar nicht anders konnten. Der Partei fehlt dafür schlicht das geeignete Personal. Damit ist ein Problem sichtbar auf Bundesebene angekommen, dass auf Kommunal- und Landesebene längst existiert: Deutschland gehen - schon rein zahlenmäßig - die Politiker aus.

Die Situation ist erschreckend. Selbst die etablierten Parteien können heute nicht mehr eine ausreichende Zahl von Kandidaten für politische Wahlämter aufbieten. Rund 170.000 politische Wahlämter gibt es im politischen System unseres Landes. 99 im Europaparlament, 601 im Bundestag, 1800 in den Landtagen, 18.000 in den Kreistagen und 148.000 in den Städten und Gemeinden. Betrachten wir der Einfachheit halber nur die Volksparteien CDU, CSU und SPD, die zusammen auf 1,19 Millionen Mitglieder kommen. Parteiinternen Studien zufolge steht maximal jedes dritte Mitglied für ein öffentliches Amt zur Verfügung.

Nach dieser - insbesondere angesichts der Überalterung der Parteien - optimistischen Prognose über die Kandidierfreude in den Parteien, würde es also den großen Volksparteien rein rechnerisch gerade noch gelingen, einen Kandidaten pro Amt anzubieten.

Gehen wir indes von den rund 10 Prozent Parteikandidaten aus, die in Wahrheit für derlei Ämter zur Verfügung stehen, dann kommen auf ein Mandat gerade mal noch 0,7 Kandidaten - und zwar von den Volksparteien insgesamt. Mit Demokratie hat das nicht mehr viel zu tun. Die Folgen der Kandidatenknappheit sind in der Tagespolitik zu bewundern. Vor allem auf kommunaler Ebene. In gleich sieben Gemeinden Sachsen-Anhalts musste die Kommunalwahl 2009 abgesagt werden. Der Grund: Es fanden sich keine Kandidaten. In den Nachbarländern Thüringen und Sachsen hat man ebenfalls mit diesem Thema zu kämpfen. Auf Landesebene werden inzwischen Kandidaten in- und exportiert. Landesminister kommen häufig nicht mehr aus dem Land, in dessen Kabinett sie einziehen. Und auch auf Bundesebene wird es langsam eng. Die Politik wird sich deshalb der Diskussion über mehr direkte Volksrechte nicht mehr verweigern können. Wenn eine repräsentative Demokratie nicht mehr die Kraft hat, die adäquaten Repräsentanten hervorzubringen, hat wieder der Souverän das Wort. Und das ist der einzelne Bürger.

(NTV-Kolumne, 16.05.2011)

Messestand



Sieht
gut aus



und fällt
auf!



Mehr Informationen bei:

Rüdiger Kaisers
- Vorsitzender -
Nelkenstr. 49
27749 Delmenhorst

E-Mail:
ruediger.kaisers@fw-delmenhorst.de
Internet:
<http://www.fw-delmenhorst.de>

Frischer Wind in die Politik!



Im Zuge der Fertigstellung des Containerterminals Wilhelmshaven setzen sich die Oldenburger für eine Umgehung Oldenburgs ein, da nach der Inbetriebnahme die Güterverkehre zu einem Großteil auf der Schiene abgewickelt werden. Besonders gelungen und auffällig ist der Trabant, den die Oldenburger als Werbemittel nutzen. Gut gelungen - ein echter Hingucker!



Pöbelnder Politiker von Polizei abgeholt

Wenn es darum geht, seine Ratskollegen zu beschimpfen, ist ein 78-jährigen Kommunalpolitiker aus dem kleinen Südharzer Ferienort Wieda im Kreis Osterode nicht zimperlich: Er nennt sie "Dummköpfe" oder wirft ihnen "Naziverhalten" und Stasimethoden" vor. Wegen solcher und anderer Beleidigungen hat der Rat den parteilosen Kommunalpolitiker jetzt zum wiederholten Mal aus einer Sitzung verbannt. Der Ratsherr habe den Saal erst verlassen, nachdem die Polizei angerückt war, sagte Bürgermeister Edgar Hopfstock (SPD). Wegen seines ungebührlichen Verhaltens wurde der Kommunalpolitiker zudem für vier Monate von allen Sitzungen ausgeschlossen. Nach ähnlichen Vorfällen in früheren Jahren hatte er die Sitzungen des Wiedaer Kommunalparlamentes schon mehrfach verlassen müssen.

(Die Welt , 13.05.2011)

Duisburger SPD: Erst Geld, dann Mandat

Wer sich bei der Duisburger SPD um ein Mandat bewarb, musste vorher Geld "mitbringen": 800 Euro für Ratskandidaten, 250 Euro für Bezirksvertreter. Diese Praxis bei der Kommunalwahl 2009 sorgt in der Partei für Streit.

Auch ein Kommunalwahlkampf ist ganz schön teuer. Und weil die Kassen der Duisburger SPD nicht zuletzt durch die zahlreichen Urnengänge zuvor arg strapaziert waren, sollen sich Duisburgs SPD-Chef Ralf Jäger und die Geschäftsführung des Unterbezirks im Kommunalwahlkampf 2009 zu einer ungewöhnlichen Maßnahme entschlossen haben. Auf einer Infoveranstaltung für die sozialdemokratischen Rats- und Bezirksvertretungskandidaten wurden Einverständniserklärungen verteilt. Ihr Inhalt: Kandidaten für einen der ersten zehn Listenplätze im Rat zahlen 800 Euro, für die Bezirksvertretung 250 Euro. Wer hinterher nicht gewählt wird, konnte sich das Geld zurückerstatten lassen.

Diese Vorgehensweise monieren allerdings Sozialdemokraten des Ortsvereins Duisser. Sie bezweifeln, dass diese Spendenpraxis juristisch einwandfrei ist. Man könne sich in der Duisburger SPD offensichtlich nicht "ungestraft" um ein Mandat bewerben, ohne zuvor einen finanziellen Beitrag geleistet zu haben, schrieb die Duisser SPD Vorsitzende im Februar an Parteichef Ralf Jäger.

(RP, 04.05.2011)



Erste Oberschulen genehmigt - bereits 68 Anträge liegen vor

Die ersten Oberschulen in Niedersachsen werden in Dannenberg, Hessisch Oldendorf, Kirchdorf, Lemförde, Lüchow, Rehden, Schwaförden, Selsingen, Thedinghausen und Wendeburg an den Start gehen. Das teilte Kultusminister Dr. Bernd Althusmann in Hannover mit. Die ersten zehn Bescheide der Niedersächsischen Landesschulbehörde zum Start neuer Oberschulen im Schuljahr 2011/12 würden den kommunalen Schulträgern kurzfristig übersandt.

"Das Interesse der Kommunen an der neuen Schulform ist groß. Die neue Oberschule ist ein Erfolgsmodell für ganz Niedersachsen. Vier Wochen vor Ende der Antragsfrist liegen bereits 68 Anträge vor, davon 13 für Oberschulen mit einem gymnasialen Angebot. Die hervorragende Resonanz zeigt uns, dass wir mit der Oberschule den Bedürfnissen nach einem flexiblen, zukunftsgerechten, qualitativ hochwertigen Schulangebot auch für den ländlichen Raum gerecht werden. Wir rechnen bis Ende Mai noch mit zahlreichen weiteren Anträgen", sagte der Kultusminister.

Unter den ersten zehn genehmigten Oberschulen wird bereits eine mit einem gymnasialen Angebot eingerichtet (Thedinghausen). Die meisten der bisher gestellten Oberschulanträge kommen aus den Landkreisen Hildesheim und Stade (je 8), Diepholz und Cuxhaven (je 6) sowie Goslar und Osnabrück (je 5).

In den meisten Fällen soll mit Errichtung der Oberschule eine zusammengefasste Haupt- und Realschule umgewandelt werden. Die Antragsfrist für die kommunalen Schulträger endet am 31. Mai 2011. Der Niedersächsische Landtag hatte die Schulgesetzänderung zur Einführung der Oberschule am 15. März beschlossen.

(Bildungsklick, 03.05.2011)



Kanzlerin auf Bildungsreise

KARIKATUR: ANDREAS RULLE

Vertrag zur Aufstellung eines Bebauungsplanes ist unwirksam

Kommunen dürfen sich nicht vertraglich zur Erstellung eines Bebauungsplanes verpflichten. Genau dies aber hatte die Stadt Nassau nach Ansicht des Verwaltungsgerichts (VG) Koblenz getan und muss nun dafür einer Bauherrin die Kosten für ein Immissionsgutachten zurückerstatten. Wie das Gericht mitteilte, verstößt ein Vertrag zur Erstellung eines Bebauungsplanes gegen planungsrechtliche Vorschriften.

In dem konkreten Fall hatte die Bauherrin die Errichtung von Pferdeboxen in einer Bauvoranfrage beantragt, die aber von der zuständigen Baubehörde abgelehnt wurde. Daraufhin schlossen die Frau und die Stadt einen Vertrag, wonach die Bauherrin die Kosten der Planaufstellung trägt und die Stadt Nassau die erforderlichen Beschlüsse zur Bebauungsplanänderung fasst. Tatsächlich übernahm die Frau die Kosten für ein Immissionsgutachten und der Stadtrat beschloss die Planaufstellung. Dieser Beschluss wurde wenig später jedoch wieder aufgehoben und die Stadt forderte von der Frau die entstandenen Kosten zurück. Diese weigerte sich und wollte stattdessen die Kosten für das Immissionsgutachten erstattet haben.

Die Stadt verklagte die Frau daraufhin auf Zahlung des Betrages. Die Klage wies das VG nun ab. Stattdessen habe die Frau Anspruch auf Rückerstattung des gezahlten Betrages für die Einholung des Sachverständigengutachtens. Die Stadt sei aufgrund des öffentlich-rechtlichen Erstattungsanspruchs zur Rückzahlung verpflichtet. (Aktenzeichen: 7 K 910/10.KO).

(T-Online, 03.05.2011)

Öffentliche Verwaltungen setzen auf Web 2.0

55 Prozent der öffentlichen Verwaltungen wollen noch im Jahr 2011 in das Web 2.0 investieren, und 42 Prozent setzen auf Apps für Handys. Das hat die Studie „Branchenkompass 2011 Public Services“ der Steria Mummert Consulting ergeben, die in Zusammenarbeit mit dem F.A.Z.-Institut erstellt wurde. Danach sind acht von zehn Entscheidern bei Kommunen und öffentlichen Verwaltungen davon überzeugt, dass ihnen Social-Media-Aktivitäten zu einem positiven Image verhelfen können. Zwei Drittel sehen in sozialen Netzwerken, Blogs, Twitter oder Apps außerdem ein geeignetes Instrument, um die Arbeit der Behörden für die Bürger transparenter zu gestalten.

Nach der Studie soll damit auch die gesellschaftliche Unterstützung und Akzeptanz von Großprojekten verbessert werden. Demnach bieten schon heute die ersten Kommunen Smartphone-Apps an, mit denen Bürger Beschwerden etwa über Infrastrukturmängel zusammen mit Fotos, Videofilmen oder GPS-Daten direkt an die zuständigen Behörden melden können. Der Bürger wird dann per Mobilfunk oder Internet über Fortschritte bei der Bearbeitung seiner Anfrage unterrichtet. Nach Überzeugung des Consulting-Unternehmens und des F.A.Z.-Instituts haben die Verwaltungen mittlerweile erkannt, welche Chancen ihnen das Web 2.0 bietet, um mit Social Media vor allem den Informationsfluss in Richtung Bürger zu verbessern. Ziel soll mehr Dialog und insbesondere mehr Transparenz der Arbeit der Verwaltungen sein.

Nach den Ergebnissen der Studie werden derzeit in den öffentlichen Verwaltungen am häufigsten soziale Netzwerke genutzt. Jede dritte Behörde setze auf Facebook & Co. Fast ebenso viele nutzten den Kurznachrichtendienst Twitter, und schon bei jeder vierten Verwaltung gebe es Angebote für Podcasts und Web-TV. Ein Manko aber besteht noch bei vielen Verwaltungen: Es fehlt an Personal, die Social-Media-Angebote umzusetzen und den Kontakt mit den Bürgern über das Web zu pflegen.

Streit in Goslar: Frauenbeauftragte angeblich zu männerfreundlich

SPD, Grüne und Linkspartei haben Goslars Gleichstellungsbeauftragte abgewählt. Grund: Sie kümmerte sich auch um Männer. Brötchentüten ließen den Streit eskalieren. Wie Geschlechterkampf auf Niedersächsisch aussieht, macht die Stadt Goslar gerade vor. Seit anderthalb Jahren tobt dort ein Streit um die Gleichstellungsbeauftragte Monika Ebeling.

Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte dieser jetzt auf der letzten Stadtratssitzung: Da stellte die Linke im Stadtrat einen Abwahantrag gegen Ebeling, unterstützt von SPD und den Grünen. Der Vorwurf der Kritiker: Die 51-Jährige habe sich nur um die benachteiligten Männer kümmert, nicht aber um die Frauen. Der CDU-Fraktionsvorstand spricht hingegen von einer "Hetzjagd". Als Ebeling 2008 ins Amt gewählt wurde, waren viele begeistert von ihrem frischen Ansatz. Zum Einstand buk sie Kekse mit den Piktogrammen von Männern und Frauen, die sie gemeinsam in Tüten füllte und verteilte. Sie veranstaltete Treffen für Alleinerziehende und "Papa-Picknicks". Dass sie dabei immer öfter und intensiver für Männerinitiativen eintrat, passte nicht allen Frauengruppen im Ort.

Zum Eklat kam es aber erst im vergangenen Jahr, als sich Ebeling weigerte, eine Wanderausstellung gegen Gewalt gegen Frauen zu unterstützen. Es

gebe auch männliche Opfer, sagte sie damals. Der Organisator, ein Netzwerk gegen häusliche Gewalt, kündigte daraufhin die Zusammenarbeit. Am Ende waren es Brötchentüten, die den Streit eskalieren ließen. Sie sollten für eine kommunale Aktion mit dem Aufdruck "Gewalt gegen Frauen und Kinder kommt mir nicht in die Tüte" versehen werden. "Nicht teamfähig" Bei der Abstimmung über die Aktion fehlte Ebeling, aber sie ließ hinterher die Sponsoren wissen, was sie von dem wenig geschlechterneutralen Ansatz hielt: nichts. "Nicht teamfähig" wird Ebeling von ihren Gegnern genannt.

Männerinitiativen aus ganz Deutschland feiern sie hingegen als Heldin, die verkrustete Strukturen des Feminismus aufbricht. In Blogs werden die beiden Bürgermeisterinnen des Ortes, der SPD und der CDU zugehörig, als "Bitterfotzen Amazonen" beschimpft. Einen Frieden von Goslar wird es in dieser Schlacht nicht geben. Der Stadtrat hat Ebeling schließlich mit 25 zu 10 Stimmen aus dem Amt abberufen. Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten soll nun in ein Ehrenamt umgewandelt werden.

(Die Welt , 18.05.2011)



Führungswechsel bei Wolfsburger Stadtwerken

Seit Monaten rumort es bereits bei den Stadtwerken Wolfsburg. Die Liste der Vorwürfe gegen den Vorstand ist lang. Sie reicht von einem vergifteten Arbeitsklima über Misswirtschaft bis hin zu verbotenen Wahlkampfhilfen für die CDU. Die Untreue-Ermittlungen der Staatsanwaltschaft dauern an. Der angebliche Drahtzieher, Ex-Vorstandschef Markus Karp, hat die Stadtwerke bereits Ende vergangenen Jahres verlassen. Jetzt sieht es so aus, als würde ihm sein Vorstands-Kollege Torsten Hasenpflug kurzfristig folgen.

Nach Informationen des Norddeutschen Rundfunks ist der technische Vorstand Torsten Hasenpflug bereit, seinen Posten Ende Mai zu räumen und wie Karp einen Aufhebungsvertrag zu unterzeichnen. Schon in den nächsten Tagen soll der Stadtwerke-Aufsichtsrat darüber entscheiden. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, etwa wie hoch die Abfindung für Thorsten Hasenpflug ausfällt. Außerdem wird voraussichtlich der derzeitige Geschäftsführer der Stadtwerke-Tochter LSW Frank Kästner zum neuen alleinigen Vorstandschef berufen. Der für Karp eingesetzte Übergangschef Wolfgang Wilken müsste damit vermutlich auch vorzeitig gehen. Eigentlich sollte erst im Sommer ein neuer Stadtwerke-Vorstand gewählt werden.

Die Rückendeckung für Hasenpflug ist nach NDR 1 Niedersachsen Informationen immer mehr geschwunden. Hasenpflug zieht offenbar die Konsequenz, bevor der Druck zu groß wird. Unlängst sind fünf Arbeitnehmervertreter vom vorstandskritischen Betriebsrats-Team Zukunft in den Aufsichtsrat gewählt worden. Sie treten ihr Amt mit der Hauptversammlung am 24. Juni an. Spätestens dann gibt es für die bisherige Stadtwerke-Führung keine Mehrheit mehr. Zudem trägt Hasenpflug nach NDR-Informationen die Verantwortung für die schlechten Bilanzzahlen der Stadtwerke. Statt der erwarteten sechs Millionen Euro Gewinn hatte das kommunale Unternehmen im Vorjahr 1,2 Millionen Verlust gemacht. Außerdem drohen aus früheren Verkäufen von Firmenanteilen Steuernachzahlungen von bis zu elf Millionen Euro.

(NDR, 04.05.2011)

Stadtwerke planen hohe Investitionen bei Energiewende

Der hannoversche Oberbürgermeister und Präsident des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), Stephan Weil, setzt darauf, dass nach der Energiewende vermehrt die vielen kleinen dezentralen Energieerzeugungsanlagen vor Ort ihren Strom liefern und die Schwankungen der erneuerbaren Energien ausgleichen werden. Es gehe dabei um Biomassekraftwerke, um hocheffiziente und flexibel einsetzbare Gas- und Dampfkraftwerke, um die klimaschonende Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien, betonte Weil.

Für die Entwicklung eines funktionierenden Wettbewerbs auf dem Erzeugungsmarkt und für Investitionsanreize in die Netzinfrastrukturen müsse der Gesetzgeber aber schon in den nächsten Wochen die notwendigen Rahmenbedingungen beschließen, damit die Stadtwerke ihre Planungen auf verlässlicher Basis verwirklichen könnten, forderte Weil im Nachgang zu einer Gesprächsrunde bei Bundesumweltminister Norbert Röttgen. Die dezentralen Anlagen seien die Domäne der Stadtwerke, die auch kurz- und mittelfristig in der Lage seien, umfangreich in die Modernisierung und den Neubau der entsprechenden Erzeugungskapazitäten sowie in die Optimierung und den Ausbau der Verteilernetze zu investieren. Wichtig sei es jetzt, den Umbau des deutschen Energiesystems zu einer zukunftsorientierten Energieversorgung voranzutreiben, ohne die Fehler des vergangenen Jahres zu wiederholen, forderte Weil.

Kommunale Spitzenverbände kritisieren Meldegesetzentwurf

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hat ihre Kritik am Entwurf eines Bundesgesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens in einem Schreiben an das Bundesinnenministerium bekräftigt. Kritisiert wird besonders die unter „Vollzugaufwand“ getroffene Kostenschätzung der Bundesregierung.

Die Einschätzung in den einschlägigen Ausführungen, dass die neuen Informationspflichten keine wesentlichen zusätzlichen Kosten verursachen werden, geht nach Auffassung der Arbeitsgemeinschaft „in bestürzendem Maße fehl“. Neben den Personal- und Sachkosten, die unabhängig von den neuen Informationspflichten mit der Umsetzung des Gesetzes auf die Kommunen zukämen, bringe gerade der Bereich der Auskunftssperren und die damit verbundenen neuen Informationspflichten erhebliche Mehrarbeit für die Kommunen. An anderer Stelle der 20-seitigen Stellungnahme schlagen die Spitzenverbände vor, zur realistischen Darstellung des Vollzugaufwandes den Erfüllungsaufwand durch das Statistische Bundesamt ermitteln zu lassen. Mit der „erkennbar grob fehlgehenden“ Einschätzung der bei den Kommunen entstehenden Kostenfolgen des Gesetzentwurfs vom März 2011 sei niemandem gedient.

Die ohnehin angespannte kommunale Finanzlage würde dadurch nur verschlechtert.

Weiter stellt die Arbeitsgemeinschaft fest, dass dies um so schwerer wiege, als den Kommunen an anderer Stelle im Gesetzentwurf erhebliche Finanzmittel entzogen würden, sollte der Entwurf in der vorgesehenen Form in Kraft treten. Die Spitzenverbände schlossen allerdings nicht aus, dass sich das um ein Versehen handle; sonst würde ihnen jedes Verständnis fehlen. Als „überraschend“ empfinden die kommunalen Spitzenverbände die Wiedereinführung der Mitwirkungspflicht des Wohnungsgebers bei der Anmeldung von Mietern. Man begrüße zwar jede vertretbare Maßnahme, um Scheinwohnungen wirksam zu begegnen; der Bundesgesetzgeber selbst habe aber vor einigen Jahren darauf hingewiesen, dass sich mit einer Nebenmeldepflicht des Wohnungsgebers die Verhinderung von Scheinmeldungen nicht erreichen ließe. Die Kommunalverbände bitten daher um Erläuterung, welche neuen Erkenntnisse diese diametral entgegenstehende Einschätzung heute rechtfertige. Mit der Föderalismusreform I war das Meldewesen in die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes überführt worden.



Effiziente Straßenbeleuchtung für deutsche Kommunen

In vielen deutschen Städten und Gemeinden ist die Straßenbeleuchtung veraltet und muss dringend erneuert werden. Um Kommunen bei der Beschaffung moderner, energieeffizienter Straßenbeleuchtung zu unterstützen, stellt die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) im Rahmen ihrer Initiative EnergieEffizienz ein neues Online-Angebot auf www.energieeffizienz-im-service.de zur Verfügung.

Rund 570 Millionen Euro zahlen deutsche Kommunen jedes Jahr für die Beleuchtung der Straßen. Durch Modernisierung und Austausch veralteter Anlagen lassen sich bei gleichzeitiger Verbesserung der Beleuchtungsqualität Stromverbrauch und -kosten deutlich senken. Mit dem "Lotsen energieeffiziente Straßenbeleuchtung" können Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen nachvollziehen, wie eine Kommune veraltete Straßenbeleuchtung erfolgreich sanieren oder austauschen kann. Dabei werden für alle Schritte - Ist-Analyse, Planung und Finanzierung, Ausschreibung und Vergabe sowie Wartung - umfangreiche Hintergrundinformationen, Handlungsempfehlungen und Tools angeboten.

Die rund 11.300 Kommunen in Deutschland wenden pro Jahr über 4 Milliarden kWh Strom - und damit 7 Prozent ihres jährlichen Stromverbrauchs - für Straßenbeleuchtung auf. Rund 40 Prozent der dafür anfallenden Stromkosten, umgerechnet rund 229 Millionen Euro, könnten nach einer Schätzung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) durch die Modernisierung veralteter Straßenbeleuchtung eingespart werden. Die Initiative EnergieEffizienz ist eine Kampagne der dena und wird gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Der "Lotse energieeffiziente Straßenbeleuchtung" wurde in Zusammenarbeit mit dem Zentralverband der Elektroindustrie, dem Forum Contracting sowie dem DStGB erarbeitet und wird unterstützt durch die KfW Bankengruppe. Außerdem entwickeln spezialisierte Unternehmen, wie die Hürther AKIS GmbH, auf solche Anschaffungen zugeschnittene und für Kommunen maßgeschneiderte Finanzierungs-konzepte.

(PM dena, 05.05.2011)

Bombenräumung wird privatisiert - Mehrkosten für Kommunen befürchtet

Innenminister Uwe Schünemann hat angekündigt, die Kampfmittelbeseitigung in Niedersachsen zu privatisieren. Es geht um Einsparungen und Entlastung der öffentlichen Verwaltung. Auf diesem Weg kann das Land 25 Stellen streichen.

Die Kampfmittelbeseitigung ist seit jeher eine hoheitliche Aufgabe des Staates, sagt Dietmar Schilff, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen (GdP). Laut dem Innenministerium wird sich daran nichts ändern: Die Gefahrenabwehrbehörde (Kommune) bediene sich nur künftig einer Firma. Der Niedersächsische Städtetag wertet die Privatisierung als Versuch des Landes, die Kosten auf die Kommunen abzuwälzen. Denn das Land zahlte bisher für die Bergung alliierter Munition.

Fortsetzung nächste Seite

Politik geht auch ehrlich!



Wie viel Mehrkosten auf die Kommunen zukommen, ist noch unklar. Inoffiziell ist die Rede von einer Million Euro Einsparungen beim Land. Bayern und Thüringen haben diese Aufgabe bereits privatisiert.

Laut dem bayerischen Innenministerium läuft dies seit den 60er Jahren problemlos. Die Unternehmen arbeiten den staatlichen Sprengmeistern zu. Sie sondieren das Gelände und legen die Sprengkörper frei. Die staatlichen Experten übernehmen dann die Entschärfung. Laut der GdP Niedersachsen verdient ein Beschäftigter etwa 2500 Euro brutto plus 880 Euro Gefahrenzulage. Durch eine Privatisierung könnte dieser Verdienst sich verringern, befürchtet die GdP. Auch um ihre öffentliche Zusatzvorsorge bangten die Beschäftigten.

Besonders zornig mache die Sprengmeister, dass sie von der Umstrukturierung erst aus den Medien erfahren haben, sagt Schilff. Der Staat reglementiert Ausbildung und Berufsausübung durch das Sprengstoffgesetz und die entsprechende Verordnung. Sprengmeister ist aber keine Berufsausbildung. Kampfmittelbeseitiger lernen ihre Arbeit auf Lehrgängen.

Das Land will zudem bei Ausschreibung des Rahmenvertrags auf die Zuverlässigkeit der Firmen achten. In der Tat setzen Unternehmen auch weniger qualifizierte Mitarbeiter als Helfer ein, bestätigt die Güteschutzgemeinschaft Kampfmittelräumung, ein Zusammenschluss privater Anbieter. „Allerdings lassen unsere Mitglieder nur Leute ran, die eine 16-stündige Grundausbildung haben“, sagt Geschäftsführer Hans Joachim Rosenwald.

(HNA, 10.05.2011)



Zum Schluss ...



Bode lehnt Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz ab

Verkehrsminister Jörg Bode hat die Bitte der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände, ein eigenes Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz auf den Weg zu bringen, abgelehnt. Bode teilte den Spitzenverbänden mit, er teile zwar ihre Auffassung, dass der Investitionsbedarf im kommunalen Straßenbau weiterbesteht. Er halte aber die von den Spitzenverbänden favorisierte Schaffung eines Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes für „nicht zielführend“.

Der Minister begründete seine Ablehnung damit, dass dann beispielsweise im Fall von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen Mittelkürzungen im Bereich der Gemeindeverkehrsfinanzierung nicht auszuschließen seien. Er werde sich aber auf Bundes- und Landesebene für den Erhalt der Mittel einsetzen, kündigte Bode an. Die Arbeitsgemeinschaft hatte argumentiert, das bisherige Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz sei nach dem Entflechtungsgesetz nur noch bis Ende 2013 gesichert. Ab 2014 entfalle die gruppenspezifische Zweckbindung, und die Mittel dürften nur noch allein für Investitionen verwandt werden.

Aus Sicht der Spitzenverbände könne aber eine erhebliche Absicherung durch ein eigenes Landesgesetz erreicht werden. Im übrigen würde ein solches Gesetz den Bestrebungen des Bundes, zu einer Mittelkürzung zu kommen, entgegengehalten werden können, schrieb die Arbeitsgemeinschaft.

Außerdem würde mit einer Landesregelung ein deutliches Signal für eine mögliche Nachfolgeregelung auf Bundesebene ab 2014 gesetzt. Die Arbeitsgemeinschaft hatte auch darauf hingewiesen, dass Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein entsprechende Landesregelungen hätten.

Wilhelmshaven war Austragungsort der 7. Nationalen Maritimen Konferenz

Die 7. Nationale Maritime Konferenz fand in diesem Jahr am 27. und 28. Mai 2011 unmittelbar auf dem Gelände des JadeWeserPorts statt. Um einen unmittelbaren Eindruck von dem neuen Tiefwasserhafen zu erhalten, tagten die geladenen Teilnehmer in einer mobilen Konferenzstadt direkt an der Kaikante.

Mit mehr als 1000 Vertretern der maritimen Wirtschaft und der Wissenschaft ist die Nationale Maritime Konferenz die größte maritime Fachkonferenz in Deutschland. Die Konferenzen werden im zweijährigen Rhythmus von der Bundesregierung durchgeführt und dienen dazu, Maßnahmen zur Sicherung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu entwickeln und so den maritimen Standort Deutschland zu stärken. **Quelle: Internetportal der Stadt Wilhelmshaven**

